

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. F. Alrici & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streisand,
in Meseritz bei H. Matthias,
in Breschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.
Neunzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Daube & Co.,
Haafenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Gorki
beim „Invalidenbank“.

Nr. 531.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 1. August.

Preis 50 Pf. die sechsgehaltene Beilage oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Abonnements auf die Posener Zeitung für die Monate August und September werden bei allen Postanstalten zum Preise von 3 Mark 64 Pfg., sowie von sämtlichen Distributoren und der unterzeichneten Expedition zum Betrage von 3 Mark entgegengenommen, worauf wir hierdurch ergebenst aufmerksam machen.

Den neu hinzutretenden Abonnenten wird der Anfang des Romans „Die Familie Gervis“ unentgeltlich nachgeliefert. Expedition der Posener Zeitung.

Die Unterrichtssprache in Posen, Westpreußen und Oberschlesien.

Während die „Germania“ im Verein mit der polnischen Presse gegenwärtig für Aufhebung bezw. Abänderung der die Unterrichtssprache in den Volksschulen Ost- und Westpreußens regelnden Bestimmungen des Oberpräsidenten v. Horn vom 24. Juli 1873 agitirt, stellt die „Post“ diese Bestimmungen in Vergleich zu den Oberpräsidial-Bestimmungen für die Provinz Posen vom 27. Oktober 1873, denselben Gegenstand betreffend, und giebt der erstern Verfügung ihrer größern Bestimmtheit wegen den Vorzug vor der letztern. Es ist allerdings ein wesentlicher Unterschied zwischen den Oberpräsidial-Bestimmungen für Ost- und Westpreußen und denen für Posen, sowie einer ähnlichen Regierungs-Verfügung für den Regierungs-Bezirk Dppeln vom 20. September 1872, wiewohl alle drei Urkunden, auf einer Bestimmung des Unterrichtsministers Falk vom 28. August 1872 beruhend, das gleiche Ziel verfolgen.

Indem wir die wesentlichsten Theile dieser Verfügungen hier neben einander stellen, wollen wir zunächst zeigen, worin dieselben übereinstimmen und worin sie von einander abweichen.

Oberpräsidial-Bestimmungen für die Provinz Posen vom 27. Oktober 1873:

„In allen Lehrgegenständen, mit Ausnahme der Religion und des Kirchen-Gesanges, ist die Unterrichtssprache die deutsche. Das Polnische darf nur soweit zu Hilfe genommen werden, als zum Verständniß der Lehrgegenstände unerlässlich ist.“

Der Unterricht in der Religion und im Kirchengesange wird den Kindern polnischer Zunge in der Muttersprache ertheilt. Wenn dieselben jedoch in der Kenntniß der deutschen Sprache soweit vorgeschritten sind, daß ein richtiges Verständniß auch bei der in deutscher Sprache erfolgenden Unterweisung erreicht werden kann, so ist letztere mit Genehmigung der Regierung auch in diesen Gegenständen auf der Mittel- und Oberstufe als Unterrichtssprache einzuführen.

Das Polnische bleibt Unterrichtsgegenstand für die Kinder polnischer Zunge; doch kann die Regierung in geeigneten Fällen das Gegentheil bestimmen.

Deutsche Kinder bedürfen zur Theilnahme am polnischen Unterrichte der Genehmigung des Kreis Schulinspektors.“

Oberpräsidial-Bestimmungen für Ost- und Westpreußen vom 24. Juli 1873:

„In allen Lehrgegenständen ist die Unterrichtssprache die deutsche. Ausgenommen hiervon ist nur der Unterricht in der Religion, einschließlich des Kirchenliedes auf der Unterstufe. Das Polnische resp. Littauische darf nur soweit zu Hilfe genommen werden, als zum Verständniß des Lehrgegenstandes für die Kinder unerlässlich ist.“

In der Religion, einschließlich des Kirchenliedes, wird der Unterricht auf der Unterstufe den nicht deutschen Kindern in der Muttersprache derselben ertheilt, auf der Mittel- und Oberstufe dagegen in der deutschen Sprache, und darf hier die Muttersprache nur soweit gebraucht werden, als die Vermittelung des Verständnisses es erfordert.

Der Unterricht im polnischen resp. Littauischen Lesen und Schreiben tritt bei den nicht deutschen Kindern erst auf der Oberstufe ein. Bei Schulen mit überwiegend deutschen Kindern kann auf spezielle Anordnung der königlichen Regierung dieser Unterricht ganz wegfallen.“

Der Verfügung der kgl. Regierung für den Reg.-Bezirk Dppeln vom 20. September 1872 ist Folgendes zu entnehmen:

„Der Religionsunterricht wird auf der Unterstufe in der Muttersprache (der polnischen) ertheilt. Für den religiösen Memorirkstoff wird die deutsche Sprache von Anfang an zu Hilfe genommen. Auf der Mittelstufe vollzieht sich dieser Unterricht in der deutschen Sprache, wobei die Muttersprache zu Hilfe genommen werden darf, jedoch nur insoweit, als dies zur Vermittelung des Verständnisses nothwendig ist. Auf der Oberstufe wird bei dem Religionsunterrichte ausschließlich die deutsche Sprache angewendet.“

Das Lesen und Schreiben wird von der Unterstufe an ausschließlich in der deutschen Sprache gelernt und geübt. Zur Vermittelung des Verständnisses dessen, was die Kinder lesen und schreiben, kann, wo es nöthig erscheint, die Muttersprache zu Hilfe genommen werden. Auch der Anschauungsunterricht wird von Anfang an zur planmäßigen Einführung in die deutsche Sprache benutzt.“

Aus diesen Bestimmungen ergeben sich folgende Unterschiebe:

- I. Der Religionsunterricht wird den polnischen Kindern in ihrer Muttersprache ertheilt
a) in Oberschlesien nur auf der Unterstufe und auch hier bereits mit Zuhilfenahme der deutschen Sprache,
b) in Ost- und Westpreußen gleichfalls nur auf der Unterstufe, jedoch ohne Mitbenutzung der deutschen Sprache,
c) in Posen auf der Unter-, Mittel- und Oberstufe der Schule.
II. Polnischen Sprachunterricht erhalten die Schulkinder polnischer Zunge,
a) in Oberschlesien auf keiner Stufe,
b) in Preußen nur auf der Oberstufe,
c) in Posen auf der Unter-, Mittel- und Oberstufe.

Deutschland.

Berlin, 30. Juli. In dem Erlass des Königs vom 21. Mai über das am 10. und 11. November d. J. in den evangelischen Kirchen und Schulen abzuhaltende Lutherfest waren am Schluß die weiteren Ausführungsbestimmungen dem Kultusminister vorbehalten. In Bezug auf die Schulfeier sind dieselben jetzt, wie man hört, den Provinzial-Schulkollegien und durch diese den Schulvorständen bereits zugegangen. Der Begriff „evangelischer“ Schulen ist dahin definiert worden, daß darunter alle diejenigen Schulen zu verstehen seien, deren konfessionell evangelischer Charakter durch die Stiftung und die Statuten oder durch die geschichtliche Entwicklung und den tatsächlichen Bestand festgestellt ist. Unter denselben Bedingungen sind die katholischen Schulen auszuschließen; den Schulen reformirter Konfession ist die Feier eigener Entschließung vorbehalten. Auf die paritätischen Schulen, da sich aus ihrem Charakter ergibt, daß die kirchlichen Feste der beiden Konfessionen seitens der Schule in gleicher Weise anerkannt werden, hat der Allerhöchste Erlass Anwendung. An Schulen, in welchen die Feier nicht begangen wird, bleibt zwar der Unterrichtsbetrieb in regelmäßigem Gange, jedoch sind die Lehrer und Schüler evangelisch-unirter oder lutherischer Konfession vom Unterrichte zu dispensiren, um ihnen die Theilnahme an einer anderweitigen Feier zu ermöglichen. Als nothwendiger und hauptsächlichster Theil der Schulfeier ist bei den höheren Schulen ein Vortrag des Direktors oder Lehrers zu betrachten, welcher der Festversammlung die Bedeutung des Tages vergegenwärtigt. Jedoch ist es in allen Schulen den Lehrern zur ersten Pflicht gemacht, sich der Angriffe auf andere Religionsgesellschaften zu enthalten; auch bei der Wahl der Bücher, welche etwa zur Vertheilung gelangen, ist die entsprechende Rücksicht zu nehmen. Die vollste Anerkennung der reichen Segnungen, welche das Reformationswerk Luther's über Deutschland gebracht, sei mit dieser Rücksichtnahme durchaus vereinbar. Ob noch weitere Vorträge seitens der Schüler, Deklamationen u. s. w. stattfinden sollen, ist den Direktoren zc. der Schulen unter Zustimmung der vorgesetzten Behörde zu überlassen, aber jedenfalls soll die Feier mit Gesang eingeleitet und geschlossen werden. An den Seminaren, welche bei ihrem rein konfessionellen Charakter und der musikalischen Ausbildung ihrer Zöglinge eine reichere Gestaltung der Feier ermöglichen, soll eine solche, namentlich musikalische, mit Orgelbegleitung zc. stattfinden. Bei den unteren Volksschulen schließt die große Verschiebenheit der Einrichtungen die Möglichkeit gleichmäßiger Anordnungen aus, doch sollen die Vorschriften des Allerhöchsten Erlasses je nach den Verhältnissen doch zur Ausführung gelangen. Wo möglich ist die Feier in der Kirche abzuhalten. Ueberall soll endlich, wenn irgend angängig, die öffentliche Theilnahme an der Feier gestattet sein.

Berlin, 30. Juli. Die während der letzten Landtagsession angeregte Einrichtung eines Unterrichtsrathes ist jetzt definitiv als aufgegeben zu betrachten. Wie der frühere

Kultusminister v. Puttkamer, so ist auch sein Nachfolger, der jetzige Kultusminister v. Gofler, der Ansicht, daß eine solche Einrichtung gegenüber den sonstigen Organen der Unterrichtsbehörden mindestens überflüssig sei. So lautet eine Meldung der Disziplinen. Ueberraschend ist diese Entscheidung wohl Niemandem gekommen, der mit dem Wesen des jetzigen Regiments einigermaßen vertraut ist. Die Anregung zur Einrichtung eines ständigen Unterrichtsraths ist bekanntlich zuerst von dem Abgeordneten Birchow ausgegangen und fortschrittliche Anträge sind gegenwärtig nicht sehr beliebt. Der Abgeordnete Birchow war nämlich der gewiß berechtigten Ansicht, daß es für die Schule nicht gut sei, wenn alle ihre Einrichtungen von Grund aus umgewälzt werden, sobald ein neuer Kultusminister ans Ruder kommt. Die Minister Mähler, Falk, Puttkamer, Gofler — jeder hatte eine andere Ansicht von den Aufgaben der Schule, jeder ordnete Alles anders an, stieß die Einrichtungen seines Vorgängers um, selbst in den unwesentlichsten Einzelheiten, und Lehrer sowie Schüler konnten nie zur Ruhe kommen, nie geistlich und stetig arbeiten. So lange wir nun ein Unterrichtsgesetz nicht haben, — und das kann noch lange dauern — meinte der Abgeordnete Birchow, wäre es nützlich, wenn wenigstens die technischen Angelegenheiten der Schule, Lehrpläne, Lehrbücher zc. von einer ständigen Behörde von Fachmännern, von einem Unterrichtsrathe nach feststehenden Grundsätzen geleitet würden. Das halten indessen, wie versichert wird, die Herren v. Puttkamer und v. Gofler für „überflüssig“. Ein anderes Resultat war, wie gesagt, kaum zu erwarten.

— Heute Mittag 1 Uhr fand eine Sitzung des Staatsministeriums statt.

— Auf Grund des Artikels 6 der Verfassung ist von Sr. Majestät dem Könige von Sachsen der seitherige Abtheilungs-Vorstand im königlich sächsischen Kriegsministerium, Major v. Schlieben zum Bevollmächtigten zum Bundesrath ernannt worden.

— Der spanische Handelsvertrag mit seiner die Hamburger Spiritfabriken lahmlegenden Klausel, der wesentlich den schlesischen Spiritusbrennern zum Vortheil gereicht, weil Oesterreich-Ungarn bei einem um 2,65 Pefetas = 2,10 M. niedrigeren Eingangszolle in Spanien den deutschen Spirit ganz verdrängt haben würde und schon jetzt trotz der alten Geschäftsbeziehungen zwischen Schlesien und Spanien das Hauptgeschäft gemacht hat, genügt, wie die „Freihandels-Korresp.“ aufmerksam macht, den schlesischen Spiritusindustriellen nicht. Ein aus den Kreisen derselben herrührender Artikel in der „Breslauer Ztg.“ findet den Ausschluß Hamburgs von den Vorteilen des Vertrags allerdings sehr erfreulich und, weil die Veredelung die Provenienz nicht verändern dürfe, auch die Reifikation von Spiritus keine Verarbeitung von Rohstoffen sei, vollkommen gerechtfertigt; aber der Verfasser erklärt zugleich, daß der Vertrag der schlesischen Spiritusbrennerei wenig nütze, wenn nicht die baldige Einführung billiger Ausnahmetarife nach Hamburg zc. sie in den Stand setze, mit den ausländischen Spiritusbrennern zu konkurriren. Thatsächlich habe der Export schlesischen Spirits nach Süd- und Westdeutschland, wie nach der Schweiz einen sehr erheblichen Stoß erlitten und sei seit Einführung des neuen Tarifschemas auf ein Minimum reduziert. Nach Osten durch die hohen Schutzölle, in Rußland und Oesterreich von der Ausfuhr abgeschnitten, durch die wachsende Produktion Oesterreich-Ungarns und Italiens, sowie durch Italiens neueste Zollserhöhung von 60 auf 100 Lire pro 100 Liter vom italienischen Marke verdrängt, könne die schlesische Spiritusindustrie auch nicht auf der Eisenbahn über Hamburg nach Spanien exportiren, weil die Fracht Pest-Triest bei gleicher Entfernung um 2 M. billiger sei und die Fracht Pest-Barcellona sich um 3,20 M. niedriger als die von Breslau nach Barcellona stelle. Die Konkurrenz nach Spanien sei nur bei Wassertransport bis Hamburg möglich, weil letzterer sich nur auf 1,75 M., bis Barcellona auf 5,25 M. stelle, aber bei Geschäften ins Ausland handele es sich häufig um schleunige Versendung, und diese sei auf dem Wasserwege nach Hamburg nicht möglich. Nach dieser Darstellung hätte man das Interesse Hamburgs preisgegeben, ohne die Vorbedingung erfüllt zu haben, um den Vertrag für die schlesische Spiritusindustrie nutzbar zu machen, die in Deutschland weitaus die bedeutendste dieser Branche ist.

— Dem Vernehmen nach ist jetzt die Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung für 1868 ernstlich ins Auge gefaßt. Unzureichend haben sich namentlich die technischen Ausführungen erwiesen. Die Normal-Messungs-Kommission hat auf diese Mängel des Gesetzes vielfach hingewiesen und eine Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung anempfohlen. Die Umarbeitung der technischen Vorschriften, der sich die Normal-Messungskommission unterzogen hat, konnte aber nur bez. der Mäßung der Waagen und der Thermo-Alkoholometer veröffentlicht werden. Die übrigen neubearbeiteten Vorschriften sind so sehr von einer Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung abhängig, daß sie bis zur Herbeiführung einer solchen vertagt werden mußten. Man hofft, daß schon aus diesem Grunde die Abänderung nicht mehr verschoben werden wird.













